

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

09.07.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Umweltverband will Nord Stream 2 auf letzten Metern stoppen</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 09.07.2021</i> .....	3
2   <b>Wohin mit dem Atommüll?</b> <i>Südkurier</i> <i>Waldshut,</i> .....	4
<i>09.07.2021</i>	

## Umweltverband will Nord Stream 2 auf letzten Metern stoppen

*Der erste Strang der umstrittenen Ostseepipeline ist verlegt, am zweiten wird noch gebaut. Mit einer Klage will der Nabu nun die Aufhebung der Baugenehmigung für die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone erreichen. Das BSH habe mit seiner Genehmigung das Habitatschutzrecht verletzt.*

**Hamburg/Lubmin.** Der Umweltverband Nabu will den Bau der umstrittenen Ostseepipeline **Nord Stream 2** auf den letzten Metern stoppen. Der Verband hat am Freitag seine Klage gegen das Bauprojekt vor dem Verwaltungsgericht Hamburg begründet. Der Verband fordert darin die Aufhebung der Baugenehmigung für den Bereich der deutschen Ausschließlichen **Wirtschaftszone** (AWZ).

Die vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) erteilte Genehmigung verletze das Habitatschutzrecht und basiere auf einer fehlerhaften Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Verband kritisiert, dass **Nord Stream 2** als Ausgleich für die Eingriffe beim Bau keine Realkompensation leiste, sondern lediglich zu einer Zahlung von zwei Millionen Euro verpflichtet wurde.

### „Behörde macht sich zum Vasallen eines Energiekonzerns“

Das BSH ignoriere offensichtliche Planungsfehler, bagatellisiere Umweltschäden, sagte Nabu-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. „Hier wird eine Bundesbehörde zum Vasallen eines Energiekonzerns.“ Der Nabu sieht sich in seiner Argumentation durch eine andere Bundesbehörde, das Bundesamt für Natur-

schutz (BfN), bestätigt. Diese hatte als Ausgleich für die Eingriffe die gezielte Wiederherstellung von Steinriffen in der deutschen AWZ gefordert.

### Erster Strang ist fertig verlegt

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte Anfang Juni die fertige Verlegung des ersten Pipelinestranges verkündet. Eine Woche später wurde die letzte Schweißnaht gezogen. Der erste Strang wird derzeit für die Inbetriebnahme vorbereitet, die noch in diesem Jahr erfolgen soll. Der zweite Strang der etwa 1200 Kilometer langen Erdgastrasse ist noch nicht fertiggestellt. Verlegeschiffe sind derzeit in dänischen Gewässern mit dem Weiterbau befasst.

### Nabu: BSH ignoriert Verfassungsgerichtsurteil

Der Nabu kritisiert zudem, dass das BSH die neue Rechtslage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum 1,5-Grad-Klimaschutzziel ignoriere. Vor diesem Hintergrund müsse die Baugenehmigung aufgehoben, die Schäden für Klima und Umwelt müssten neu bewertet werden, so Miller. Das Bundesverfassungsgericht hatte im April erklärt, dass das deutsche Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 in Teilen nicht mit den Grundrechten vereinbar ist.

📰 Südkurier Waldshut | 09.07.2021 | S. 25

📄 Auflage: 12.169 | Reichweite: 35.391

👤 Von David Rutschmann

## Wohin mit dem Atommüll?

*Die Standortsuche nach einem nuklearen Endlager war Thema im Online-Dialog der SPD-Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter*

**Kreis Waldshut** – Ende 2022 werden die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen. Während also zwei bis drei Generationen die Energiegewinnung durch **Atomkraft** in Deutschland nutzen konnten, wird der entstandene **radioaktive** Müll noch mehr als 30.000 Generationen belasten. Damit eröffnete Rita Schwarzelühr-Sutter den von ihr initiierten Online-Dialog zum „Verantwortungswerk **Atom-Endlager**“. Das Thema der Diskussionsrunde, zu der Schwarzelühr-Sutter drei Referenten eingeladen hatte, brachte die heutige SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretärin aus Waldshut zurück zu ihren Wurzeln: Sie wurde in der Anti-**Atom**-Bewegung politisiert. Dennoch bestand mit allen Beteiligten ein Konsens darüber, dass ein sicherer Standort für den **radioaktiven** Müll gefunden werden müsse.

Wie genau diese Standortsuche in Deutschland ablaufen wird, erläuterten der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** Wolfram König und der Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) Steffen Kanitz. Beide bemühten sich, in ihren Vorträgen möglichst oft die angestrebte Fairness und Einmaligkeit der öffentlichen Beteiligung an diesem Prozess zu erwähnen. König verwies auf die „Fehler der Vergangenheit“, welche das öffentliche Vertrauen beim Thema **atomares** End-

lager erschütterten: das „Versuchslabor“ für **radioaktive** Endlagerung im Schachtwerk Asse sowie die aus geologischer Sicht willkürliche Entscheidung für ein Endlager in Gorleben.

Bei der Endlagersuche soll es diesmal dezidiert wissenschaftsbasiert und transparent zugehen. „Das Verfahren soll als fair empfunden werden, damit Vertrauen hergestellt wird“, so König. Dass diese Bemühungen nicht erfolglos sind, war den im Chat gestellten Fragen der Zuhörer zu entnehmen. Sie gingen sehr ins Detail des Prozesses der Standortsuche, und Steffen Kanitz nahm sich die Zeit, alle Fragen zu beantworten.

Den inhaltlichen Gegenpol bildete der Vortrag von Rosi Drayer vom Verein LoTI, welcher sich gegen ein Schweizer Endlager in Nördlich Lägern einsetzt – direkt gegenüber Hohentengen, wo Drayer als Parteikollegin Schwarzelühr-Sutters im Gemeinderat sitzt. „Wir haben Angst vor der **Nuklearisierung** unserer Heimat“, sagte die Ehepartnerin eines Solarenergie-Unternehmers. Dennoch sprach sie positiv über die Standortsuche in der Schweiz und das verantwortliche Unternehmen, die Nagra: „Die Nagra ist bemüht, die wissenschaftlichen Daten verständlich aufzuarbeiten.“ Verständliche Kommunikation, räumten sowohl König als auch Kanitz ein, sei derzeit im deutschen Verfahren noch eine Baustelle.